



NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 24.02.2010,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:00



Anwesenheitsliste

SPD

Dirk Kratz

Hans Peter Thiel

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Vertreter für Frau Walz

Francesca Chillemi Jungmann

Vertreterin für Frau Vogler

CDU

Sascha Travnicek

Susanne Burckhardt

Martin Kolb

Dorothea Müller

Bündnis 90/Die Grünen

Dietrich Herdel

FDP

Anton Zips

FWG

Wolfgang Gauer

Jugendverbände

Susanne Scharhag

anwesend ab 17.20 Uhr

Lisia Maria Holz

anwesend ab 17.30 Uhr



Freie Jugendhilfe

Hans-Joachim Bouquet

Christian Dawo

Silke Thomas

Bruno Kühn

Sonstige

Pfarrer Klaus Armbrust anwesend bis 18.00 Uhr

Anja Bischoff-Fichtner

Magdalena Schwarzmüller

Dekan Rudolf Ehrmantraut

Elma Frey

Dr. Veronika Jäger

Johannes Lunkwitz

Bernhard Süß

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Berichterstatter

Claus Eisenstein

Schriftführer/in

Gisela Beck

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:



Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde;
2. Verpflichtung von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses;
3. Organisations- und Aufgabenstruktur im Jugendamt Landau in der Pfalz (III.);
4. Projektgruppe des Jugendparlaments;
5. Besondere Hilfebedarfe und Möglichkeiten der Bedarfsdeckung
Vorlage: 510/016/2010
6. Aktuelle Informationen.



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde;

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Einwände oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Es werden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses;

Es sind keine Mitglieder anwesend, die noch nicht verpflichtet sind.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Organisations- und Aufgabenstruktur im Jugendamt Landau in der Pfalz (III.);

In der heutigen Sitzung werden die Sachgebiete Stadtjugendpflege von Stadtjugendpfleger Bernhard Süß und Offene Jugendarbeit vom Leiter des Hauses der Jugend, Arno Schönhöfer, mit einer Powerpoint-Präsentation vorgestellt. Eine Ausfertigung wird mit der Niederschrift übersandt.

Herr Süß verweist darauf, dass die Jugendhilfe insbesondere auf Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit der Mitwirkenden beruhe. Nach dem Subsidiaritätsprinzip haben die freien Träger grundsätzlich Vorrang. Aufgabe des Jugendpflegers sei es, Kontakte zu knüpfen und zu halten und den ehrenamtlichen Jugendgruppenleitern helfend und unterstützend zur Seite zu stehen. Herr Süß hebt das ehrenamtliche Engagement besonders hervor, und dankt stellvertretend Herrn Matthias Ruck, Jugendfeuerwehr und Herrn Wolfgang Bergemann, Pfadfinder St. Georg, für ihre Verdienste.

Zum Arbeitsbereich Jugendschutz interessiert Frau Schwarzmüller, wer Kontrollen in Gaststätten durchführe. Herr Süß antwortet, dass diese durch Polizei, Ordnungsamt oder auch Jugendamt durchgeführt werden. Für Hinweise auf Verstöße ist er dankbar.

Herr Herdel fragt nach, ob auch Spielotheken kontrolliert werden. Dies bejaht Herr Süß. Er ergänzt, dass Verstöße gegen Jugendschutzvorschriften durch Bußgelder belegt werden können.

Der Vorsitzende dankt Herrn Süß für seinen Vortrag und betont, dass der Erfolg eines Jugendpflegers von der Fähigkeit, Ehrenamtliche zu aktivieren und zu motivieren, abhängig sei. Aber auch eine gewisse Härte sei erforderlich, um erforderliche Sanktionen zu verordnen. Er gibt bekannt, dass Herr Süß Ende des Jahres in Altersteilzeit gehen wird und spricht ihm für sein außerordentliches Wirken und seine Verdienste seinen Dank aus. Seine Aufgabe und die des Jugendamtes sei es nun, den zukünftigen Zuschnitt des Arbeitsbereiches so zu gestalten, dass die Leistung von Herrn Süß fortgeführt werden könne.

Anschließend stellt Herr Schönhöfer die Arbeit und die Aktivitäten des Hauses der Jugend und des Jugendtreffs Horst vor. Weitere Informationen sind auf der Homepage www.hdjlandau.wordpress.com nachzulesen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Schönhöfer und seinem Team für ihr Engagement und fügt an, dass die Mitarbeiter des Hauses der Jugend als Trendscouts agieren müssen, um ein Angebot zu präsentieren, damit die Einrichtung über Jahre hinweg eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche bleibe. Er stimmt Herrn Schönhöfer zu, dass ein wichtiger Schwerpunkt seiner Arbeit sei, immer Zeit für die Jugendlichen zu haben.

Besonders freut er sich, dass die finanziellen Mittel für die erforderliche Sanierung des Hauses der Jugend nun bereitgestellt sind. Die Dachsanierung ist bereits abgeschlossen; zur Zeit werde die Fassade saniert.

Herr Lunkwitz erkundigt sich, ob es in Landau Spielmobile gebe, die von Fachkräften betreut und begleitet werden.

Herr Süß antwortet, dass es ein Spielmobil gebe, das ausgeliehen werden könne. Am Wochenende sei das Spielmobil meistens gebucht, während der Woche sei ein betreuter Einsatz an bestimmten Standorten grundsätzlich denkbar. Es sei jedoch noch niemand gefunden worden, der diese Aufgabe übernehmen könne.

Herr Travnicek fragt, ob dies nicht durch Zivildienstleistende möglich wäre. Herr Schönhöfer erwidert, dass Zivildienstleistenden in der Regel nicht die erforderlichen Fahrerlaubnis haben, um ein Fahrzeug mit Anhänger führen zu dürfen.

Frau Schwarzmüller interessiert, welche Kinder und Jugendliche das Haus der Jugend besuchen. Laut Herrn Schönhöfer kommen die Besucher aus allen Schichten und Schularten. Das HdJ werde von



vielen Haupt- und Realschülern frequentiert, aber auch Gymnasiasten und Studenten nutzen z.B. die Proberäume.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Projektgruppe des Jugendparlaments;

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder der Projektgruppe des Jugendparlaments. Er verweist auf das erste Projekt des Jugendparlamentes, die Errichtung einer Skateranlage, das inzwischen abgeschlossen ist. Die Projektgruppe habe das Konzept hierzu erarbeitet und den Stadtrat überzeugen können, die erforderlichen Haushaltsmittel zu Verfügung zu stellen. Für die Anschaffung der Elemente wurden Spenden gesammelt, so dass die Anlage demnächst genutzt werden könne.

Nun sei ein zweites Projekt geplant. Nach einem Aufruf in der „Rheinpfalz“ wurden 7 Wünsche vorgetragen. Von den Vorschlägen Jugendcafé, Eislaufhalle, Musikschule, Zeltplatz, Alternatives Paintballfeld, Trimm-Dich-Pfad und Dirtbike-Park wurde der Bau eines Dirtbike-Parks ausgewählt. Die Mitglieder der Projektgruppe tragen vor, dass sich das Jugendparlament nun im zweiten Jahr befinde und noch rund ein halbes Jahr zur Verfügung stehe, um das neue Projekt umzusetzen. Da die Zahl der Aktiven im Jugendparlament durch Studium u.ä. inzwischen zurückgegangen sei, werde um neue Mitglieder geworben.

Um Ideen zur Gestaltung der Dirtbike-Anlage zu sammeln, wurde die Anlage in Neustadt besichtigt. Die Jugendlichen gehen davon aus, dass die Kosten für die Umsetzung relativ gering bleiben. Erforderlich seien einige LKW-Ladungen Erde und der Einsatz eines Baggers, um Hügel aufzuschütten. Die Feinarbeit wollen die Jugendlichen selbst vornehmen. Sinnvoll wäre eine Einzäunung des Geländes. Als Standort werde der Bereich neben der Skateranlage bevorzugt, da es dann eine zentrale Anlaufstelle gebe.

Stadtyugendpfleger Süß ergänzt, dass zunächst ein geeignetes Grundstück gefunden werden müsse und dann die Gestaltung ausgearbeitet werde. Auch er favorisiere das brachliegende Gelände neben der Skateranlage.

Der Vorsitzende dankt den Vertretern des Jugendparlamentes und teilt mit, dass er die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses über die Umsetzung des Projektes auf dem Laufenden halten werde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Besondere Hilfebedarfe und Möglichkeiten der Bedarfsdeckung

Der Vorsitzende verweist auf die Informationsvorlage und erklärt, dass in Landau vielfältige Projekte zur Unterstützung Kinder und Jugendlicher angeboten werden. Es habe sich nun gezeigt, dass auch Menschen in der Lebensmitte Hilfe benötigen, da sie ihr Leben nicht mehr organisieren können und ihre Kinder dadurch Schaden erleiden könnten. Er verweist darauf, dass z. B. im hauswirtschaftlichen Bereich oft Unterstützung notwendig sei.

Frau Heyn, Leiterin der Sozialen Dienste, verdeutlicht die Problematik anhand von anonymisierten Fallbeispielen. Sie erläutert, dass innerhalb der bestehenden Hilfssysteme kritisch geprüft werden müsse, ob und wie die Hilfen anzupassen sind. Sie informiert mit einer Powerpoint-Präsentation über die Überlegungen des Jugendamtes, den sich ändernden Bedarfen gerecht zu werden. Hierbei werde insbesondere an die Einrichtung einer Skills-Gruppe, einer Soziales Trainingsgruppe für autistische Kinder sowie ein Projekt Begleitende Elternschaft gedacht. Eine Ausfertigung der Präsentation wird der Niederschrift angefügt.

Der Vorsitzende dankt Frau Heyn und betont wie schwierig und kritisch die Arbeit der Sozialen Dienste oft sei. Kreativität sei erforderlich, um neue Hilfsangebote zu entwickeln.

Frau Burckhardt fragt nach, wie man sich die Umsetzung der „Begleitenden Elternschaft“ vorstellen könne und ob diese Arbeit durch Ehrenamtliche wahrgenommen werden könne. Frau Heyn informiert, dass dies ein spezielles Angebot im Rahmen der Familienhilfe sei, um gefährdete Familien, z.B. auch am Wochenende, zu unterstützen und zu begleiten. Nur mit Hilfe von ehrenamtlichen Helfern sei diese Aufgabe nicht zu schultern; erforderlich sei der Einsatz von geschulten Kräften, um mit Krisensituationen umzugehen.

Herr Eisenstein ergänzt, dass auf Landesebene Lösungen gesucht werden, um die Schulung von lebenspraktischen Fähigkeiten bei gefährdeten Familien zu fördern und zu koordinieren. Er verweist auf den Missstand, dass die Sozialsysteme oft nebeneinander stehen. So sei für eine psychisch kranke Mutter das Sozialamt und/ oder die Krankenkasse zuständig, für deren Kinder das Jugendamt. Sinnvoll wären z.B. Hilfen aus einer Hand oder die Entwicklung eines Familienbudgets.

Frau Thomas interessiert, ob die Annahme der Angebote des Jugendamtes auf freiwilliger Basis geschehe. Herr Eisenstein antwortet, dass versucht werde, die Betroffenen von der Annahme der Hilfeangebote zu überzeugen. Es gebe jedoch auch die Möglichkeit, z.B. bei Kindeswohlgefährdung, Auflagen durch das Familiengericht anzuregen.

Herr Kühn stellt in diesem Zusammenhang das Engagement und die Wichtigkeit des Ehrenamtes heraus. Er verweist darauf, dass Ehrenamtliche über Lebenserfahrung und oft auch Professionalität verfügen. Aufgabe sei es, Menschen zu motivieren, ihre Kompetenzen einzubringen. Frau Schwarzmüller erwidert, dass Aufgaben im Rahmen der Jugendhilfe nicht unentgeltlich erfüllt werden sollten. Präventionsmaßnahmen müssten entsprechend honoriert werden. Herr Kühn bemerkt, dass es viele Lehrer und Ärzte gebe, die gerne bereit sind, sich ohne Honorar zu engagieren. Frau Heyn ergänzt, dass die Hilfe von Ehrenamtlichen in professionellen Strukturen positiv zu bewerten sei.

Herr Lunkwitz erkundigt sich, ob die Begleitende Elternschaft nur für psychisch kranke Eltern oder auch Eltern ohne Erziehungskompetenz gedacht sei und verweist auf die Problematik bei der Umsetzung von Auflagen durch die ARGE. Frau Heyn antwortet, dass auch Eltern ohne Erziehungskompetenz unterstützt werden sollen. Es werde eine Zusammenarbeit mit der ARGE angestrebt, um seitens des Jugendamtes Einfluss nehmen zu können auf Auflagen, die Eltern über das zumutbare Maß in Anspruch nehmen.

Herr Eisenstein fügt an, dass die ARGE einen anderen Auftrag und einen anderen Blick auf die Problematik habe. Von den Mitarbeitern der ARGE sei gefordert, ihre Aufgaben wahrzunehmen. In



einem anstehenden Gesprächstermin mit Sozialamt, ARGE und Jugendamt werde versucht, die unterschiedlichen Blickwinkel einzubringen und zusammenzuführen.

Frau Scharhag ist der Ansicht, dass bei Kooperation mit verschiedenen Partner wie Sozialamt, ARGE, Pfalzinstitut, die Koordination beim Jugendamt bleiben müsse, da ein verlässlicher Partner erforderlich sei. Frau Heyn stimmt dem zu.

Frau Schwarzmüller fragt nach, ob es ein Projekt für Boarderline-Mütter gebe. Frau Heyn bejaht dies. Es handelt sich um das Projekt Junge Mütter, das vom Kinderschutzbund betreut werde.

Anschließend erkundigt sich Herr Herdel in Bezug auf die Praxis der Energie Südwest (ESW), bei wiederholten Zahlungsrückständen die Heizung abzuschalten, ob es nicht möglich wäre, vorher das Jugendamt zu informieren, wenn Familien mit Kindern betroffen sind. Der Vorsitzende antwortet, dass dies aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich sei. Bei Frau Heyn sei eine Notrufnummer der ESW hinterlegt, die nach Eintreten eines Notfalles angerufen werden könne. Herr Kühn verweist darauf, dass er festgestellt habe, dass kein Entgegenkommen der ESW in Problemfällen zu verzeichnen sei. Der Vorsitzende erwidert, dass es diesbezügliche keine Struktur für die Zusammenarbeit mit der ESW gebe. Sozialpolitik sei keine Aufgabe der Energiebetriebe. Das Sozialsystem müsse reagieren.

Herr Lunkwitz kann nachvollziehen, dass die ESW als Wirtschaftsunternehmen hierfür nicht zuständig sei, es müsse ein anderes Sicherungssystem aufgebaut werden. Notwendig sei die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, die die hilfebedürftigen Menschen begleite. Der Vorsitzende verweist auf die Netzwerkarbeit Kinderschutz. Herr Dawo stellt die Wichtigkeit der Sicherung von Wohnraum besonders hervor. Er empfiehlt, wie bei der Grundsicherung praktiziert, die Kosten für Unterkunft und Strom direkt an die Eigentümer bzw. Versorgungsunternehmen zu überweisen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Aktuelle Informationen.

- Erweiterung der Kindertagesstätte Villa Unibunt

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die zur Zeit eingruppige Einrichtung der Kindertagesstätte Villa Unibunt auf vier Gruppen – zwei Krippengruppen, eine altersgemischte Gruppe, eine Regelgruppe – erweitert werden soll. Die Trägerschaft der Einrichtung übernimmt zum 1. Juli 2010 das Studierendenwerk Vorderpfalz. Beginn der Baumaßnahme ist voraussichtlich April 2010.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf 1.720.000,00 € Gefördert wird die Maßnahme mit 750.000,00 € aus dem Konjunkturpaket II sowie mit Zuschüssen der Universität in Höhe von 130.000,00 €. Bei der Stadt Landau ist ein Zuschuss in Höhe von insgesamt 350.000,00 € beantragt. 250.000,00 € sind bereits im Haushaltsplan 2010 eingestellt, der Restbetrag von 100.000,00 € soll per Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2011 bereitgestellt werden. Die Restfinanzierung trägt das Studierendenwerk.

Der Zuschuss der Stadt Landau trägt zum Ausbau des Betreuungsangebotes und damit zur Deckung des Bedarfes für Kinder unter 3 Jahren bei. Von den insgesamt 60 Plätzen werden mindestens 20 für Landauer Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung stehen.

Der Stadtrat wird in der Sitzung vom 09.03.2010 über die Bewilligung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000,00 € entscheiden.

- Auslagerung der Kindertagesstätte Villa Unibunt in das Haus Mahla

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Gruppe der Kindertagesstätte Villa Unibunt während der Bauphase in das Dachgeschoss des Hauses Mahla verlegt wird. Die Räume im Dachgeschoss, die für eine Büronutzung vorgesehen sind, eignen sich von Größe und Zuschnitt als Ausweichquartier. Der Träger der Kindertagesstätte Villa Unibunt übernimmt für die Dauer der Verlegung – vermutlich ein Jahr – anteilige Werks- und Tiefbaugebühren. Von der Erhebung eines Mietzinses wird abgesehen. Nach Beendigung der Maßnahme werden die genutzten Räume auf Kosten des Trägers der Villa Unibunt wieder in ihren Ausgangszustand versetzt.

- Ausbaumaßnahme an der Prot. Kindertagesstätte Lukaskirchengemeinde zur Aufnahme von unter dreijährigen Kindern

Der Vorsitzende informiert, dass die Einrichtung für die Aufnahme von bis zu 12 Kindern unter drei Jahren umgebaut werden soll. Um die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, sind ein Anbau für einen Ruhe- und Wickelraum sowie Personalraum und erhebliche Umbaumaßnahmen im Bestand erforderlich. Weiterhin müssen Waschraum und Küche saniert werden. Die Stadt Landau wird die Maßnahme mit insgesamt bis zu 222.900,00 € bezuschussen. Ein Landeszuschuss in Höhe von 48.000,00 € ist beantragt.

- Schulsozialarbeit

Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage zur Schulsozialarbeit. Bisher waren an der Hauptschule West 1,0 Stellen und an der Dualen Oberschule 0,5 Stellen eingerichtet. Das Jugendamt hat die Aufstockung der vorhandenen 0,5 Stelle auf 1,0 beim Land beantragt.

Durch die Neugliederung der Schullandschaft ist eine Neuverteilung der Schulsozialarbeit erforderlich. Gespräche werden hierzu mit den Schulleitungen geführt.



- Netzwerkkonferenz am 10.03.2010

Herr Eisenstein erinnert an die Netzwerkkonferenz am 10.03.2010. Die Einladungen sind bereits zugegangen. Themen der Konferenz sind der Datenschutz sowie ein „Markt der Hilfen“, der einen Überblick über vorhandene Angebote geben soll.

- Förstliches Workcamp in den Osterferien

Vom 06. – 09.04.2010 findet auf dem Taubensuhl ein Workcamp für Landauer Kinder von 10 – 14 Jahren statt. Die Kosten betragen 70,00 €.

Frau Schwarzmüller erkundigt sich, ob das Jugendamt diese Kosten in Einzelfällen übernehmen kann. Dies ist laut Herrn Süß nicht möglich, da die Maßnahme bereits subventioniert wird.

- Termine Jugendhilfeausschuss 2010

Der Termin des Jugendhilfeausschusses im September 2010 wurde vom 15. auf den 08. September 2010 verlegt.

Eine Auflistung der aktuellen Termine wird mit der Niederschrift verschickt.

Im Anschluss erkundigte sich Frau Chillemi Jungmann, warum für die Auswahl des Personals bei der Kindertagesstätte Villa Mahla keine Ausschreibung erfolgt sei. Sie bemängelt den geringen Anteil an ErzieherInnen mit Migrationshintergrund in der neuen Einrichtung und bittet künftig um eine öffentliche Stellenausschreibung in verständlicher Form. Sie glaubt, dass sich auf ein öffentliches Stellenangebot vermehrt ErzieherInnen mit Migrationshintergrund beworben hätten.

Der Vorsitzende erklärt, dass in der Presse mehrfach über die neue Kindertagesstätte berichtet worden sei und es daraufhin sehr viele Stellenbewerbungen gegeben habe. Eine Ausschreibung hätte daher keinen Sinn mehr gemacht.

Herr Kratz stimmt Frau Chillemi Jungmann zu, und findet, dass es nicht üblich ist, sich auf Grund eines Zeitungsartikels um eine Stelle zu bewerben. Für ihn wäre auch die Ausschreibung der richtige Weg gewesen.

Herr Lunkwitz ist der Ansicht, dass interessierte ErzieherInnen auf Presseinformationen reagieren. Für ihn stellt sich vielmehr das Problem, wie man junge Menschen mit Migrationshintergrund für den Beruf des Erziehers gewinnen könne.



Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 24.02.2010 umfasst 6 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch

Gisela Beck
Schriftführerin